

Bahn SPD will mehr Geld für Nahverkehr

Die SPD drängt Bundesfinanzminister Wolfgang Schäuble (CDU), den Ländern zügig mehr Geld für den Nahverkehr zur Verfügung zu stellen. „Um den Ländern Planungssicherheit zu geben, ist im ersten Halbjahr 2015 eine Revision auf Grundlage des gutachterlich ermittelten Bedarfs dringend erforderlich“, heißt es in einem Beschluss der SPD-Verkehrspolitik im Bundestag. Zudem fordern die Experten für die sogenannten Regionalisierungsmittel „eine Lösung außerhalb des bundesstaatlichen Finanzausgleichs“. Seit Monaten streiten sich Bund und Länder über die künftige Finanzausstattung für den

Regionalverkehr. Zuletzt überwies Schäuble den Ländern 7,3 Milliarden Euro pro Jahr, damit sie Leistungen im Nahverkehr bestellen können. Schäuble will die Revision der Regionalisierungsmittel, vorgesehen für 2014, nun innerhalb der Neuordnung der Bund-Länder-Finanzbeziehungen regeln. In der vorvergangenen Woche verabschiedete das Kabinett deshalb nur eine minimale Aufstockung der Mittel für 2015. Daraufhin drohten mehrere Länder mit der baldigen Einschränkung des Angebots. Ein Gutachten im Auftrag der Länder bezifferte den jährlichen Finanzbedarf für den Regionalverkehr auf 8,5 Milliarden Euro, ein Gutachten im Auftrag des Bundes ermittelte immerhin eine Summe von 7,7 Milliarden Euro. bbl

Jan Fleischhauer Der Schwarze Kanal

Gekaufte Journalisten



Ich muss ein Geständnis machen: Ich bin wahrscheinlich von der CIA gekauft. Ganz genau kann ich es nicht sagen. Der einzige Amerikaner, mit dem ich regelmäßig Umgang habe, ist der Kollege, der bei SPIEGEL ONLINE die englische Seite betreut. Auch auf meinem Konto tut sich bislang nichts, jedenfalls nichts, was auf amerikanischen Einfluss hinweisen würde. Aber es gibt

einen starken Hinweis, dass mich die CIA im Sack hat: Ich bin seit drei Jahren Mitglied der Atlantik-Brücke. Wie ich dem Bestseller „Gekaufte Journalisten“ entnommen habe, ist das kein Verein zur Förderung des deutsch-amerikanischen Verhältnisses, wie ich fälschlicherweise annahm, sondern eine Tarnorganisation der US-Regierung, in der Journalisten einer „proamerikanischen Gehirnwäsche unterzogen werden“.

Mir ist da nie etwas aufgefallen, muss ich sagen. Bei der letzten Mitgliederversammlung der Atlantik-Brücke berichtete Außenminister Frank-Walter Steinmeier über seine Krisendiplomatie mit Russland, was ich nicht besonders verdächtig fand. Dann sprach der amerikanische Botschafter, der ebenfalls einen eher gedämpften Eindruck machte. Früher war es ein Traumjob, US-Botschafter in Berlin zu sein, heute muss man sich ständig für neue Enthüllungen über die Machenschaften der Geheimdienste entschuldigen. Aber man darf sich wie gesagt nicht täuschen lassen. Der Arm der CIA reicht weit, wie man in „Gekaufte Journalisten“ nachlesen kann: Wen sie einmal in ihren „Kokon der Gefälligkeiten“ eingewoben hat, der ist für immer verloren.

Nach den Politikern sind jetzt die Journalisten dran. Dass alle Politiker korrupt und feige sind, ist Allgemeinwissen. Die Journalisten profitierten bislang davon, dass sie irgendwie als kritisch galten. Aber damit ist es vorbei. Auch wir sind als Teil des Systems entlarvt, weshalb Leute, die wissen, wie der Hase läuft, nicht mehr mit uns reden. Wir Journalisten können nur froh sein, dass die Menschen, die nun jeden Montag das Abendland gegen seine Feinde verteidigen, einen noch größeren Rochus auf den Islam als auf die Lügenpresse haben.

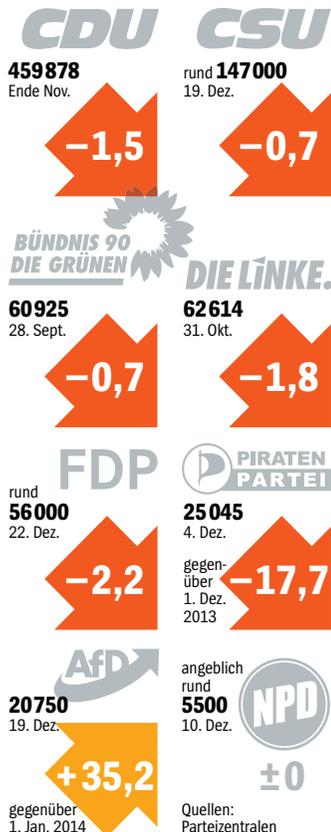
Es gibt bei der Klage über die Medien eine Sache, die ich nicht verstehe. Bislang hieß es immer, die Mehrheit der Journalisten sei links, eine Einschätzung, die sich mit meiner Erfahrung aus Redaktionskonferenzen deckt. Thilo Sarrazin hat aus seinem Kampf gegen das linke Meinungskartell sogar einen eigenen Bestseller gemacht. Jetzt heißt es plötzlich, wir seien alle von der Wall Street gesteuert, um dem Volk Sand in die Augen zu streuen, damit die Finanzelite weiter ihr Geld verdienen kann. Aber vielleicht tarnen sich die Kollegen einfach besonders gut, indem sie sich nur links geben. Tarnen und Täuschen gehören ja zum Grundwerkzeug des Agenten. Oder sie sind in Wahrheit Doppelagenten.

Vielleicht muss ich doch mal bei der CIA nachfragen, wo das Honorar bleibt. Wenn ich schon als gekauft gelte, will ich wenigstens etwas davon haben.

An dieser Stelle schreiben Jan Fleischhauer und Jakob Augstein im Wechsel.

Partei- mitglieder

Veränderung gegenüber 31. Dezember 2013, in Prozent



Partizipation Volksparteien verlieren Mitglieder

Im Jahr 2014 haben die Volksparteien CDU und SPD fast 20.000 Mitglieder verloren. Das ergab eine SPIEGEL-Umfrage bei den deutschen Parteien. Die größten Verluste musste demnach die SPD hinnehmen, die bis November 12.125 Mitglieder einbüßte. Im selben Zeitraum kamen der CDU 7.198 Mitglieder abhanden. Dramatische Verluste verbuchten auch die Piraten, die mit 5.397 Abgängen fast 18 Prozent ihrer Mitglieder verloren. Die FDP gab ein Minus von rund 1.200 Mitgliedern an, die Linke ein Minus von rund 1.100. Auch der CSU gingen nach eigenen Angaben etwa 1.000 Mitglieder verloren, den Grünen 434 Mitglieder. Die rechtsextreme NPD behauptete auf Anfrage, dass ihre Mitgliederzahl („rund 5.500“) in diesem Jahr gleich geblieben sei. Lediglich die AfD konnte Zugewinne verbuchen: Vom 1. Januar bis zum 19. Dezember vermeldeten die Eurokritiker 5.406 Neuzugänge. srö